Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 49 (1969-1970)
Heft: 8

Artikel: Zwei Krisenherde der siebziger Jahre
Autor: Wheeler, Geoffrey
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-162345

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Zwei Krisenherde der siebziger Jahre

GEOFFREY WHEELER

Die russisch-chinesische Konfrontation in Zentralasien

Im Jahr 1960 trat die Ernsthaftigkeit des russisch-chinesischen Zerwürfnisses erstmals offen zutage. Seit dieser Zeit ergeht sich der Westen immer wieder in Spekulationen darüber, ob sich der Wortstreit zwischen den beiden kommunistischen Grossmächten zu einem regional begrenzten oder gar zu einem umfassenden Krieg entwickeln könnte. Die westliche Presse berichtete im November 1968 und neuerdings seit März dieses Jahres über Kriegsvorbereitungen beider Seiten, besonders über massive sowjetische Truppenkonzentrationen entlang der chinesisch-russischen und der chinesisch-mongolischen Grenze. Der Leser konnte aus Meldungen dieser Art schliessen, dass eine allfällige militärische Offensive kaum von China, sondern eher von Russland aus eröffnet werden könnte. Der Umstand, dass beide Staaten eine gehässige Propagandatätigkeit entfalteten, wobei im Verlauf des letzten halben Jahres namentlich die von der Sowjetunion gegen China betriebene Propaganda an Heftigkeit ausserordentlich zunahm, verlieh den westlichen Mutmassungen neuen Auftrieb.

Lange Vorgeschichte

Russland und China stehen einander in Zentralasien seit der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts unversöhnlich gegenüber. Damals stiessen nämlich erstmals russische Truppen, die von Westsibirien nach Süden vorrückten, mit kleinen chinesischen Kontingenten zusammen, und zwar grob gesehen auf der Linie, die heute dem chinesisch-russischen Grenzverlauf entspricht. Seit jeher schon hatten die Chinesen das östlich dieser Linie liegende Gebiet von Sinkiang als einen Teil ihres Reiches betrachtet. Allerdings war es erst 1758 unter die – im übrigen wenig wirksame – Militärkontrolle Pekings geraten, und erst 1884 rückte es zum Rang einer chinesischen Provinz auf. Mittlerweile hatte Russland bereits damit begonnen, in Sinkiang

starken wirtschaftlichen und politischen Einfluss geltend zu machen, und zwischen 1871 und 1881 besetzten russische Streitkräfte das ganze Gebiet am Oberlauf des Ili-Flusses bis in die Gegend der Stadt Kuldscha. Der russische Einfluss in Sinkiang blieb bis in die vierziger Jahre unseres Jahrhunderts hinein wirksam, und zuweilen nahm sich ihm gegenüber die chinesische Präsenz geradezu unbedeutend aus. Zu dieser Zeit liess Russland gelegentlich auch Truppeneinheiten in die Provinz einrücken, gleichgültig ob Peking damit einverstanden war oder nicht. Weiter nördlich, in der Äusseren Mongolei, hatte vorerst Peking die massgebende Rolle gespielt. Nach 1921 geriet aber auch dieses Gebiet in den russischen Einflussbereich, und im Lauf der Jahre vermochte die Sowjetunion eine unbestrittene Vorherrschaft über die Äussere Mongolei zu erringen.

Der grösste Teil des heute gültigen chinesisch-russischen Grenzverlaufes wurde 1860 und 1881 in den Verträgen von Peking und St. Petersburg festgelegt. Aber der verbleibende 240 Kilometer lange Grenzabschnitt, der vom Nordostzipfel Afghanistans aus in nördlicher Richtung verläuft, geht auf ein 1895 zwischen Russland, Grossbritannien und Afghanistan zustandegebrachtes Übereinkommen zurück, dem China nicht beitrat. Seit 1963 weist China immer wieder mit Nachdruck darauf hin, dass ihm die ganze Grenze durch «ungleiche Verträge» aufgezwungen worden sei und dass es eine Revision der betreffenden Bestimmungen wünsche. Die sowjetische Regierung ihrerseits bestreitet die Einseitigkeit der Verträge und behauptet, die Grenze sei mittlerweile ohnehin durch die Zeit sanktioniert worden, oder, wie die Sowjets sich auszudrücken pflegen, «durch das Leben selbst». China erhebt ferner die gleichen Ansprüche bezüglich der bestehenden Grenzen im Fernen Osten. Die Gegebenheiten in den fernöstlichen und in den zentralasiatischen Grenzgebieten unterscheiden sich jedoch deutlich voneinander. Während die Grenze im Fernen Osten zwischen Gebieten mit überwiegend russischer und überwiegend chinesischer Bevölkerung verläuft, trennt sie in Zentralasien völlig willkürlich die seit jeher in dieser Region ansässigen moslemischen Turkvölker. Diese Völkerschaften – Kasachen, Uiguren und Kirgisen – unterstehen teils der russischen, teil der chinesischen Kolonialherrschaft.

Noch im späten 19. Jahrhundert, nachdem der Grenzverlauf in Zentralasien festgelegt worden war, ja sogar bis in die fünfziger Jahre unseres Jahrhunderts, erfreuten sich wandernde Händler und nomadisierende Kasachen einer fast ungehinderten Bewegungsfreiheit auf beiden Seiten des russisch-chinesischen Grenzgebietes. Zuweilen begaben sich selbst ganze Völkerstämme auf die Wanderschaft. So wechselten beispielsweise im Jahre 1916, zur Zeit der Erhebung in russisch Zentralasien, über 300000 Kasachen und Kirgisen von russischem auf chinesisches Territorium hinüber. Während des Bürgerkriegs von 1917 bis 1922 und in den Jahren der Kollektivierung

in der Sowjetunion von 1928 bis 1932 folgte eine weitere, nicht mehr genau feststellbare Zahl von Auswanderern diesem Beispiel. Seit 1960 ist der bisher freie Verkehr über die Grenze hinweg aber ausserordentlich erschwert, aber dank der Beschaffenheit des Geländes fanden Flüchtlinge aus Sinkiang auch seither immer wieder einen verborgenen Weg in die Sowjetunion. Im Jahre 1962 gelangte eine Meldung in den Westen, wonach über 60000 Kasachen aus dem Einzugsgebiet des Ili-Flusses in Sinkiang nach der Sowjetrepublik Kasachstan abgezogen seien.

Im Lauf der letzten hundert Jahre wirkten sich die russische und die chinesische Präsenz unter den moslemischen Völkerschaften, deren Wohngebiete auf beiden Seiten der Grenze liegen, recht unterschiedlich aus. Die zaristische Regierung führte verwaltungstechnische und wirtschaftliche Neuerungen ein, welchen die Mandschu-Dynastie und das republikanische Regime, das sie zu Anfang dieses Jahrhunderts ablöste, nichts auch nur annähernd Gleichwertiges entgegenzustellen vermochten. Im Vergleich zum wenig spürbaren chinesischen Einfluss mochte sich die russische Präsenz wohl als fremd und despotisch ausgenommen haben. Dennoch gab es vorerst kein offenes oder weitverbreitetes Ressentiment gegen die russische Herrschaft. Dies änderte sich erst, als die zaristische Regierung nach 1906 im Zuge einer gezielten Russifizierungspolitik russische Kolonisten in grosser Zahl in der Gegend ansiedelte und damit wesentliche Voraussetzungen für die Erhebung von 1916 schuf. In der Zeit nach der sowjetischen Oktoberrevolution von 1917 litt auch die moslemische Bevölkerung in russisch Zentralasien unter den bürgerkriegsbedingten Härten und Entbehrungen und musste später die Kollektivierungskampagne, die kulturelle Bevormundung und die Säuberungswellen der dreissiger Jahre über sich ergehen lassen. In der Provinz Sinkiang waltete zwar ein unter sowjetrussischem Einfluss stehender chinesischer Generalgouverneur seines Amtes und bemühte sich, einige Zwangsmassnahmen und Reformen einzuführen. Im grossen und ganzen ging aber das Leben der dortigen Moslems vorerst weiter wie zuvor. 1942 bemächtigte sich jedoch die Kuomintang-Regierung der Herrschaft über die Provinz, und 1944 setzten antichinesische Aufstände der bisherigen Ruhe und relativen Sicherheit ein Ende. Die Erhebung erreichte ihren Höhepunkt mit der Proklamierung der sogenannten «Republik Ostturkestan» mit der Hauptstadt Urumtschi. 1949 fasste das kommunistische Regime in der Provinz Fuss. Damit war der kurze Traum von der Eigenstaatlichkeit bereits wieder ausgeträumt. Grosse chinesische Truppenbestände rückten in Sinkiang ein, und die eingeborene moslemische Bevölkerung geriet unter eine straffere Kontrolle seitens der Regierungszentrale als je zuvor. Dem Vernehmen nach soll die Herrschaft Pekings in Sinkiang sogar drückender gewesen sein als jene Moskaus über die Moslems in sowjetisch Zentralasien.

In den zentralasiatischen Sowjetrepubliken begannen sich nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, besonders nach 1950, die Wirtschaftslage und die Lebensbedingungen erheblich zu verbessern. Heute sind sie im grossen ganzen gleich gut wie in den übrigen Teilen der Sowjetunion. Die meisten angrenzenden Länder, besonders Sinkiang, liegen auf wirtschaftlichem Gebiet dagegen weit im Hintertreffen. Aber trotz der vergleichsweise beneidenswerten wirtschaftlichen Lage lässt sich in sowjetisch Zentralasien ein weitverbreiteter Hang zum passiven Widerstand gegen die russische Herrschaft nicht übersehen.

Im Hintergrund des Konflikts: Rivalität um die Dritte Welt

Solange zwischen China und Russland einigermassen gute Beziehungen bestanden, das heisst bis 1959, wickelte sich zwischen Sinkiang und den zentralasiatischen Sowjetrepubliken ein reger Verkehr ab. Handels- und Kulturdelegationen aus China weilten des öftern jenseits der Grenze auf Besuch. Sowjetische Schriftsteller berichteten voll überschwenglicher Begeisterung von den zukunftsweisenden Massnahmen, die das neue chinesische Regime ergriffen habe, um Industrie und Landwirtschaft zu reformieren und die nichtchinesischen Nationalitäten in den neuen Staat zu integrieren. Mindestens nach aussen hin bemühte sich China den Eindruck zu erwecken, es lege Wert auf Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und halte sich in einer ganzen Anzahl Fragen an die Ratschläge des erfahrenen Nachbarn. So beschloss beispielsweise die chinesische Regierung 1957, die arabische Schrift, die bisher bei den Moslems in Sinkiang für Aufzeichnungen in ihrer eigenen Sprache gebräuchlich gewesen war, durch das kyrillische Alphabet zu ersetzen. Erst später änderte Peking nochmals seinen Entschluss und führte das lateinische Alphabet ein.

Seit 1958 weist China mit übertriebenem Nachdruck auf den von der Sowjetunion angeblich praktizierten ideologischen «Revisionismus» hin. Von russischer Warte aus gesehen liegt dem heutigen Zerwürfnis freilich ein ganz anderer Konflikt zugrunde. Man weiss hier, dass China zur Zeit der Sowjetunion nicht nur ihre Stellung in Asien, sondern auch ihre führende Rolle in der internationalen kommunistischen Bewegung und in der ganzen afro-asiatischen Welt streitig macht. Von welch überragender Wichtigkeit gerade dieser Aspekt des chinesisch-russischen Konfliktes ist, kam 1956, nach dem XX. Kongress der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, zum Ausdruck. Damals wurde nämlich verkündet, die Sowjetunion werde ihre bis anhin gegenüber den unterentwickelten Ländern der «Dritten Welt» befolgte Politik ändern. Es war das Ziel der bisherigen Politik gewesen, gewaltsamen Umwälzungen und dem Sturz der «bourgeoisen und kapi-

talistischen» Regierungen in Asien und Afrika Vorschub zu leisten. Von nun an wollte die Sowjetunion *alle*, auch die sogenannten bourgeoisen Elemente in den früheren kolonialen und «halbkolonialen» Ländern, in ihrem «Kampf gegen den Imperialismus» unterstützen. Die Sowjetunion beschritt diesen neuen Weg aus reinen Zweckmässigkeitsgründen, und nicht etwa mit der Absicht, Rotchina, das nach wie vor Gewaltanwendung und Revolution predigte, den Wind aus den Segeln zu nehmen. China verurteilte jedoch die neue politische Methode der Sowjetunion scharf. Bald herrschte daher Klarheit darüber, dass der Traum von der konzertierten kommunistischen Aktion ausgeträumt war, dass beide kommunistischen Grossmächte völlig verschiedene Wege beschritten und ohne Rücksichtnahme auf den früheren Partner danach trachteten, die Vorherrschaft über die Dritte Welt zu gewinnen.

Geheimnisvolle Vorgänge

Besonders in Zentralasien tritt heute die chinesisch-russische Rivalität in ihre entscheidende Phase ein. Denn hier zieht sich die rund 2900 Kilometer lange Grenze durch eine Landschaft, deren andersrassige Bewohner der russischen und chinesischen Kolonialherrschaft unterstehen. Überdies sind beide Staaten Grenznachbarn einiger der wichtigsten Länder der Dritten Welt, nämlich Indiens, Pakistans, Nepals, Afghanistans und des Iran. Es hält heute äusserst schwer, eine streng sachbezogene Untersuchung über die Politik und die Absichten Russlands und Rotchinas in Zentralasien vorzunehmen, verfügen wir doch über keinerlei zuverlässige Nachrichten über die heutige Lage in Sinkiang, über die Einstellung der ansässigen moslemischen Bevölkerung gegenüber den Chinesen oder über das Verhältnis der chinesischen Provinzverwaltung und der lokalen Streitkräfte zu Peking. Unparteiischen Beobachtern aus dem Ausland wird die Einreise nach Sinkiang, Tibet und der Inneren Mongolei ausnahmslos verwehrt, und Artikel in der chinesischen und russischen Presse sind derart verzerrt und mit Propaganda angereichert, dass sie für unsere Zwecke jeden Wert verlieren. Aus der umfangreichen russischen Fachliteratur und aus ernstzunehmenden russischen Zeitungsberichten über die zentralasiatischen Sowjetrepubliken lassen sich zwar detaillierte Angaben über die dort herrschenden wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse entnehmen, aber es ist fast unmöglich, Aufschluss über die wirkliche Einstellung der moslemischen Völkerschaften gegenüber dem sowjetischen Regime oder über ihr voraussichtliches Verhalten im Fall eines russisch-chinesischen Kriegs zu gewinnen.

Zweifellos herrscht seit 1962 entlang der chinesisch-sowjetischen und seit 1966 entlang der chinesisch-mongolischen Grenze in Zentralasien ein

Zustand beträchtlicher Spannung. Dieser Spannung liegen wesentlichere Motive zugrunde als die zur Zeit ungelöste Streitfrage über die Verbindlichkeit bestehender Verträge. Auch lässt sich die Möglichkeit nicht ausschliessen, dass sich der aufgestaute Zorn beider Seiten schliesslich in einem Krieg entladen könnte. Zwar überhäufen sich heute Russland und China gegenseitig mit Anklagen und Drohungen und treffen – unbestätigten Berichten zufolge – bereits vorbereitende militärische Massnahmen. Dennoch liess sich bisher keine der beiden Seiten dazu verleiten, den entscheidenden Schritt mit seinen unabsehbaren Folgen zu tun. Von 1964 bis 1968 veröffentlichten sowohl die Sowjetunion als auch Rotchina Erklärungen, worin sie sich gegenseitig zahlreiche Grenzverletzungen zur Last legten. China beschuldigte die Russen, chinesische Staatsangehörige auf sowjetisches Territorium gelockt zu haben; Russland warf den Chinesen vor, sie hätten sowjetischen Bürgern die Heimreise in die Sowjetunion verwehrt. Aber vor März 1969 veröffentlichte keine der beiden Parteien irgendwelche Details über die Grenzzwischenfälle. Möglicherweise hatten sich bis dahin auch keine nennenswerten Zusammenstösse ereignet. Wie seit jeher berichtet auch heute die Presse in den zentralasiatischen Sowjetrepubliken nur mit äusserster Zurückhaltung über die Zustände in Sinkiang. Gewöhnlich begnügt sie sich damit, dann und wann einige Aussagen von Flüchtlingen zu veröffentlichen. Aber selbst harmlose Berichte dieser Art erscheinen recht selten.

Noch merkwürdiger erscheint mir der Umstand, dass bis 1968 in der sowjetischen Presse oder Literatur überhaupt nichts von der oben erwähnten grossen Wanderung der Kasachen von 1962 zu lesen war. Meines Wissens wurde diese Angelegenheit zum ersten und bis heute einzigen Mal in einem im Oktober 1968 veröffentlichten Buch mit dem Titel «Die leninistische Politik der Sowjetunion gegenüber China» erwähnt, und auch hier handelt es sich nur um einen kurzen Hinweis. Seit März 1969 häufen sich freilich die Zusammenstösse im fernöstlichen und zentralasiatischen Grenzbereich. Beide Seiten berichten recht weitschweifig über die Scharmützel und beschuldigen sich gegenseitig, die Zwischenfälle provoziert zu haben. Besonders diese Geschehnisse aus jüngster Zeit leisteten den im Westen angestellten Spekulationen über die allfällige Ausweitung der Grenzkonflikte zu einem umfassenden Krieg Vorschub.

Das sowjetisch-chinesische Kräftegleichgewicht heute

Da wir heute keinerlei zuverlässige Nachrichten darüber besitzen, wer für die bewaffneten Zusammenstösse oder für die Kriegsvorbereitungen auf beiden Seiten verantwortlich ist, sind wir kaum in der Lage abzuschätzen, welche Schritte die beiden Widersacher in Zukunft tun werden. Immerhin

scheint es mir der Mühe wert, die gegenwärtige Lage sowohl vom russischen als auch vom chinesischen Standpunkt aus zu betrachten.

Die Sowjets befinden sich entlang der bestehenden Grenze in einer viel günstigeren militärischen Ausgangslage als die Chinesen. Die russischen Streitkräfte sind den chinesischen Truppen an Kampfkraft überlegen. Überdies verfügen die Sowjets im Grenzgebiet über ein viel leistungsfähigeres Bahn- und Strassennetz. Es dürfte den russischen Truppen daher keine besondere Mühe bereiten, in Sinkiang einzurücken, um den sowjetischen Einfluss in der Provinz wieder zur Geltung zu bringen und – wie es so schön heisst – die dort lebende moslemische Bevölkerung zu «befreien». Allerdings lässt sich zur Zeit nicht leicht abschätzen, ob und inwiefern sich ein solcher Einmarsch für die Sowjetunion auf die Dauer in militärischer und politischer Beziehung als Vorteil erweisen würde. Sollten sich die Russen entschliessen, den Chinesen einen Denkzettel zu verabreichen, das Militärpotential des aufsässigen Nachbarn entscheidend zu schwächen und deshalb eine Offensive gegen China zu eröffnen, so würde als erster Schlag wahrscheinlich ein Angriff aus der Luft gegen die bekanntlich in Sinkiang liegenden atomaren Rüstungszentren erfolgen. Zugleich müssten russische Truppen entlang der ganzen Grenze allfällige chinesische Durchbruchversuche vereiteln und den Status quo aufrechterhalten. Ebenso könnten die Russen versuchen – und den Behauptungen Chinas zufolge versuchen sie es schon jetzt –, in Sinkiang eine subversive Tätigkeit zu entfalten, um die lokale Opposition gegen Peking zu schüren und für ihre Zwecke nutzbar zu machen. Eine solche Opposition trat hier nämlich zur Zeit der «Grossen Proletarischen Kulturrevolution» in Erscheinung und besteht, einem Artikel in der «Literaturnaja Gazeta» vom 2. Juli zufolge, auch noch heute unter den chinesischen Streitkräften. Sollten die chinesischen Befürchtungen wegen eines Angriffs oder subversiver Massnahmen seitens der Sowjetunion nicht nur gespielt, sondern, was wohl eher zutrifft, echt sein, so wäre Peking am besten beraten, sich vorderhand darauf zu beschränken, einen hohen Grad der Verteidigungsbereitschaft zu erreichen und zugleich die Wirtschaft von Sinkiang derart zu fördern, dass die Provinz einen Vergleich mit den zentralasiatischen Sowjetrepubliken nicht mehr zu scheuen brauchte. Da nun aber die Atmosphäre ohnehin völlig vergiftet ist, könnten es die Chinesen für vorteilhafter halten, die heute bestehende Spannung mittels gezielter Provokationen andauern zu lassen oder gar zu verschärfen.

Auf alle Fälle bestehen heute kaum irgendwelche Anzeichen für ein Abflauen der Spannung. Solange sie anhält, werden sich voraussichtlich neue Grenzzwischenfälle ereignen, die zwar nicht notwendigerweise zu kriegerischen Handlungen in grösserem Ausmass führen müssen, hingegen den indischen Subkontinent und andere angrenzende Gebiete in den Konflikt hineinziehen könnten. Heute unternimmt die Sowjetunion beträcht-

liche Anstrengungen, um unter den hier erwähnten Ländern eine Art von Sicherheitspakt zustandezubringen, dessen Aufgabe es natürlich wäre, China in Schranken zu halten. Sollte ein solches Vorhaben einmal über das blosse Planungsstadium hinaus gedeihen, so hätte China allen Grund, sich noch mehr als bisher vor einer Einkreisung zu fürchten.

JUSTUS M. VAN DER KROEF

Der Indische Ozean – ein neuer Schauplatz des Kalten Kriegs

Ein Machtvakuum

Anfangs Mai 1969 wandte sich der indische Verteidigungsminister Swaran Singh im indischen Parlament gegen die kurz zuvor von einer «Arbeitsgemeinschaft für Verteidigungsfragen» im indischen Flottenoberkommando veröffentlichte Empfehlung, wonach sich Indien mit Australien, Malaysia, Thailand, Indonesien und Burma zu einer Verteidigungsorganisation zusammenschliessen sollte, um die Verteidigung des Indischen Ozeans nach 1971, das heisst nach dem geplanten Abzug der britischen Streitkräfte aus dem Gebiet «östlich von Suez», zu gewährleisten. Der Vorschlag dieser Arbeitsgemeinschaft, so betonte Swaran Singh, stehe im Widerspruch zur Politik der indischen Regierung. Diese vertrete die Ansicht, es bedürfe keines «regionalen Bündnisses», um das Gebiet des Indischen Ozeans zu schützen. Auch solle nach dem endgültigen Abzug der Engländer keine «Supermacht» in der betreffenden Region Fuss fassen. Aber ungeachtet der Erklärung Singhs sieht man in New Delhi sowie in den anderen asiatischen Hauptstädten mit wachsendem Unbehagen das Entstehen eines strategischen «Machtvakuums» im Indischen Ozean. Man ist sich der Gefahr bewusst, dass sich in diesem Raum auf Grund der veränderten machtpolitischen Gegebenheiten neue Konfliktsituationen herausbilden könnten.

Den sichtbaren Grund für dieses Unbehagen bildet ein sowjetisches Flottengeschwader, das seit November 1968 ununterbrochen im Indischen Ozean kreuzt. Der ganze Verband operiert vom Hauptstützpunkt Wladiwostok aus und besteht aus einem Kreuzer, mindestens zwei Zerstörern – wovon einer mit Abschussvorrichtungen für Fernlenkwaffen –, drei